

**Protokoll der Sitzung des Behindertenbeirates 08.06.2017**

Zeit	17:00- 19:00
Ort	Großer Rathaussaal, Rathaus
Anwesend	Heike Unterrainer, Ulrich Strobel, Ulli Perl, Jens Sartor, Wolfgang Jutz, Monika Berger, Wolf Buchmann, Christa Kruchten – Pulm, Gerd Dahm, Ilse Engel-Tizian, Sascha Colmy, Alfred Jung, Manfred Schuster, Margret Pfeiffer Erdel, Norbert Herres, Dorothe Richardt, Theresia Görgen, Elke Thees, Jaqueline Schneider, Angelika Birk, Michael Probst, H.-W- Meyer, Marlene Reusch- Lamacz, Matthias Spartz, Kerstin Wolff, Reiner Schladweiler
Entschuldigt	Nancy Poser, Adam Cebula, Martin Bismor, Ulli Perl, Thomas Ehlenz,
Protokoll	Heike Unterrainer

Herr Dahm	<ul style="list-style-type: none"> <li>Begrüßung von OB Wolfram Leibe durch Herrn Dahm und Vorstellung der Tagesordnung</li> </ul>		
OB Leibe	<ul style="list-style-type: none"> <li>Herr OB Leibe erklärt, dass die Stadt schon große Schritte in Richtung Inklusion gegangen ist. Um Fragen zu verschiedenen Punkten beantworten zu können, hat sich der Oberbürgermeister, Frau Birk und Fachleute aus dem Baubereich und dem sozialen Bereich mitgebracht. Bei den verschiedenen Projektbereichen gibt es sowohl positive als auch negative Rückmeldungen. Der Oberbürgermeister sichert zu, dass Inklusion auch mit der Unterstützung des Stadtrates nicht vergessen wird. Die Verwaltung ist bereit, Hinweise aufzugreifen und die Situation zu verändern. Der OB ist gekommen um konstruktiv mit dem Beirat zusammen zu arbeiten und Dinge zu verändern. Jedoch sollten keine unlösbaren Taten verlangt werden. Der Oberbürgermeister fühlt sich wohl in der Zusammenarbeit mit dem Beirat. Regelmäßige Gespräche mit Gerd Dahm gehören natürlich auch dazu.</li> </ul> <p>Die Mitarbeiter in der Verwaltung sollen zum Thema Inklusion geschult werden. Dies geschieht zuerst einmal mit der Ausbildung der Ausbilder. Das Thema Inklusion soll selbstverständlich in die normale Ausbildung und in die Fortbildungen einfließen. Ab 2016 ist das Thema Inklusion in den Fortbildungen eingebunden. Die Universität könnte mit Forschungsprojekten eine große Hilfe sein und einen konstruktiven Beitrag leisten, wie schon bei der letzten Zusammenarbeit mit dem Beirat geschehen.</p>		

Gerd Dahm	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Herr Dahm stellt heraus, dass die Zuschussbedingungen für städtische Zuschüsse angepasst werden müssen. Bei größeren Vorhaben muss geprüft werden, ob in den Konzepten die Barrierefreiheit und Inklusion beachtet wurden. Natürlich kann es nicht von jedem kleinen Verein verlangt werden.</li> <li>• Vieles hat mit der Haltung zu tun. Herr Dahm war mit einem Reporter des SWR 4 bei einem Stadtrundgang unterwegs. Der Reporter hat sich auch in einen Rollstuhl gesetzt und ist bei dem Rundgang gefahren. Er hat dadurch vieles als Problem erkannt. Die Sparkasse beispielsweise ist nicht barrierefrei. Die Türe zu den Bankautomaten kann aus dem Rollstuhl nicht geöffnet werden, da die Tür zu schwer geht.</li> </ul>		
<p>Wohnen mit Behinderung</p> <p>Frau Birk</p> <p>Monika Berger</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Herr Herres stellt die Frage, wie behinderte Menschen eine Wohnung finden sollen.</li> <li>• Es gibt keine Anlaufstelle und keine Informationen, wo barrierefreie Wohnungen zu finden sind.</li> <li>• Frau Birk erklärt, dass es den behinderten Menschen dabei genauso geht wie allen anderen Wohnungssuchenden. Die Stadt ist auf die freiwillige Bereitschaft der Vermieter angewiesen. Bei den Maklern und der Wohnungswirtschaft werden diese Daten jedoch schon genutzt.</li> <li>• Es sollte ein Workshop angeregt werden zwischen dem Beirat für Menschen mit Behinderung und der Wohnungswirtschaft. Die neu gebauten und mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen sollten gesammelt und weiter gegeben werden. Es sollte ein Portal mit verlässlichen Daten angelegt und gepflegt werden. Die Informationen könnten auch für Asylsuchende genutzt werden. Die Stadtseite sollte erste Anlaufstelle werden. Die Angebote könnten in einer Wohnungsbörse veröffentlicht werden.</li> <li>• Frau Birk stellt heraus, dass es einige Wohnungsprojekte gibt und Neue geplant werden sollen um für besondere Bedürfnisse, wie z.B. bei Autismus, Angebote zu schaffen. Für solche Projekte sollten die Akteure an einen Tisch gebracht werden. Die Investoren als auch die Träger, welche die Wohnprojekte planen. Viele wissen nicht voneinander.</li> <li>• Für Gehörlose, besonders gehörlose Flüchtlinge ist die Wohnungssuche ein großes Problem. In den Portalen stehen nur Telefonnummern. Gehörlose sind da im Nachteil. Konkrete Hilfestellungen werden gebraucht. Besonders auch im Umland. Dort ist es besonders schlimm.</li> </ul>		
Beratung im sozialen Bereich	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Viele Menschen mit Behinderung versuchen Informationen über Hilfsangebote zu bekommen und fühlen sich von einem Amt zum nächsten Amt hin und her geschoben. Ihr</li> </ul>		

<p>Info von Frau Hemmerich-Bukowski</p>	<p>Problem wird so nicht gelöst oder längere Zeit verschleppt. Das ist ein Problem zwischen der Behindertenhilfe, dem Sozialamt und dem Jugendamt.</p> <p>Was fehlt ist ein Wegweiser, eine Anlaufstelle, die koordiniert und die Anfragen an die richtige Stelle weiterleitet.</p> <p>Gehörlose Menschen haben es da besonders schwer.</p> <p>Die Stadt kann ihnen nicht weiter helfen und sie wenden sich gleich an andere Stellen wie z.B. das HörBiz.</p> <p>Es gibt die 115 er Nummer. Dort sollen alle Anfragende an die richtige Stelle weitergeleitet werden. Die Anfragen können auch in leichter Sprache beantwortet werden. Gehörlose werden an richtige Stelle weiter geleitet. Als neue Dienstleistung können auch Mails geschickt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Landesregierung will Beratungsstellen einrichten mit Garantie der Unabhängigkeit.</li> </ul>		
<p>Info vom BMAS</p>	<p>„Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen wollen mehr Selbstbestimmung für eine individuelle und ihren persönlichen Wünschen entsprechende Lebensplanung und -gestaltung. Gute Beratung kann sie dabei nachhaltig unterstützen.</p> <p>Deshalb hat das BMAS heute die Förderrichtlinie zur Durchführung der "Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung" für Menschen mit Behinderungen veröffentlicht. Regionale und überregionale Beratungsangebote aus dem gesamten Bundesgebiet können sich auf dieser Grundlage um Fördermittel bewerben.</p> <p>Beginnend ab dem 1. Januar 2018 für die Dauer von bis zu fünf Jahren stellt der Bund jährlich insgesamt 58 Millionen Euro für die Umsetzung und Förderung der Teilhabeberatung sowie deren Evaluation zur Verfügung. Mit den Fördermitteln werden Beratungsangebote unterstützt, die ratsuchenden behinderten Menschen und ihren Angehörigen zur Verfügung stehen - kompetent, unentgeltlich, neutral und objektiv. Die neue Teilhabeberatung soll insbesondere im Vorfeld der Beantragung von konkreten Leistungen Information und Orientierung geben, vor allem zu individuellen Teilhabemöglichkeiten und -leistungen sowie zum Teilhabeprozess und Verfahrensablauf. Die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung erfüllt damit eine Wegweiserfunktion im gegliederten System und tritt neben die gesetzlichen Beratungspflichten der Rehabilitationsträger und ergänzt diese. Ein wichtiges Anliegen der Förderung ist es, die Beratung durch Menschen mit Behinderungen oder betroffene Angehörige, das sogenannte Peer Counseling, auszubauen, weil die Betroffenen selbst aus eigenen Erfahrungen heraus gute Kenntnisse über das System haben und diese partnerschaftlich vermitteln können.</p> <p>Bestehende Beratungsstellen und Interessenten, die ein neues Beratungsangebot einrichten möchten, können auf der Grundlage der Förderrichtlinie Zuwendungen erhalten, zum Beispiel als Zuschüsse zu ihren Personalausgaben für Mitarbeiter und den Ausgaben für Räume, oder bei der Qualifizierung und Weiterbildung unterstützt werden. „</p>		

Fußgängerüberwege	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Seit 2015 sollten alle Fußgängerüberwege (Zebrastreifen) nach den vorgegebenen Richtlinien umgerüstet sein. Dies ist teuer, da die Zebrastreifen mit Beleuchtung und Beschilderungen ausgerüstet werden müssen. In Trier gibt es ca. 250 Zebrastreifen. Daher möchte die Stadt viele der Zebrastreifen abschaffen. Dies hat für Ärger bei der Bevölkerung geführt.</li> <li>• Das Tiefbauamt, Amt 66, bearbeitet das Projekt. Die Zebrastreifen sollen jetzt erst von einem Gremium begutachtet werden. Alle sollen daran beteiligt werden. Bei der Erstaufnahme wird geprüft wie groß der Aufwand wird den Zebrastreifen nachzurüsten und ob es vergleichbare Alternativen gibt.</li> <li>• Dann soll es Begehungen mit allen 19 Ortsvorstehern in den jeweiligen Ortsteilen geben. Die Gesamtliste der Verkehrsschau wird dem Beirat bis September zur Stellungnahme vorgelegt. Da der Wunsch von Herrn Dahm auf frühzeitige Einbindung vorgebracht wurde, soll der Beirat jetzt direkt in die Begehungen einbezogen werden. Wolf Buchmann ist gerne bereit mitzugehen und die Grundlagen aus Sicht eines Betroffenen zu erklären. Die endgültige Liste soll mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung abgestimmt werden.</li> </ul>		
Vermietungen-Stadt	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anmietung öffentlicher Gebäude für Veranstaltungen. Es sollten keine öffentlichen Gebäude von der Stadt vermietet werden, wenn sie nicht barrierefrei sind. (z.B. HGT) Dafür muss die Verantwortung geklärt und die Verträge müssen konkretisiert werden. Dafür ist Herr Ludwig verantwortlich.</li> </ul>		
Große AG	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die AGs des Beirates sind nicht mehr so aktiv. Sie haben sich beim Aktionsplan sehr engagiert und darüber Federn gelassen. Die AG Freizeit ist noch aktiv und hat auch zu den anderen Themen große Schnittstellen. Die anderen AGs sollten neu aufgestellt werden, da die Mitarbeit der Bevölkerung sehr wichtig ist. Wir werden die Sitzungen des kleinen Beirates beenden und in die neuen „große AG Sitzungen“ umwandeln. Es sollen sich vor den Sitzungen alle Beteiligten zusammen treffen und miteinander vernetzen. Das Büro soll die AGs mehr koordinieren und auch die Tagesordnung und Einladung schreiben.</li> </ul>		
Rechtliche Stellung des Beirats	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gerd Dahm möchte wissen, wie seine rechtliche Stellung im Rathaus ist. Welche Rechte haben der Beauftragte für Menschen mit Behinderung und der Beirat. Daher wird ein Termin mit dem Rechtsamt gemacht um diese Fragen zu</li> </ul>		

	klären.		
Berichte und Mitteilungen von Gerd Dahm	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Mittelstreifen in der Simeonstraße wurde als Probestreifen erstellt. Der Streifen zeigt, dass die Mittelspur ohne große Seitenneigung und gut befahrbar wird. Damit ist die Stadt auf einem guten Weg und es sieht auch noch gut aus</li> <li>• Nicht voran geht es mit der Rampe vor der Commerzbank. Die Bank wollte eine Rampe anlegen aber die Verwaltung hat signalisiert wie groß der Verwaltungsakt dafür ist und die Commerzbank hat über diese Schwierigkeiten die Motivation verloren. Schade. Der Versuch eine schnelle unbürokratische Lösung zu finden wäre ein Schritt in die richtige Richtung gewesen.</li> <li>• Bei dem Umbau des Kasino am Kornmarkt wissen wir bis jetzt nicht, ob der Umbau genehmigt wurde oder nicht. Das ist sehr unbefriedigend. Das Stadttheater hat die Räume angemietet und es finden dort viele öffentliche Veranstaltungen statt. Die nachträglichen Umbauten, die den Raum vom barrierefreien Raum zu einem Raum mit Stufen verändert haben, sind nur in Holzbauweise gebaut und könnten wieder rückgebaut werden.</li> <li>• Es gab ein Gespräch wegen der Umgestaltung des Brückenkopfes Trier West. Problem ist, dass das Sparkassengebäude zu einer Gastronomie um genutzt werden soll, diese dann jedoch nicht barrierefrei wäre. Auch der Zugang zum Ufer an der Mosel ist momentan nicht barrierefrei geplant. Dort werden wir noch miteinander sprechen müssen um Lösungen zu finden. Einfach ist es an dieser Stelle nicht.</li> <li>• Das Tiefbauamt hat die Zusage gemacht, dem Beirat die erarbeiteten Standards der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum vorzustellen. Dies sollte im September auf der nächsten Beiratssitzung geschehen. Es geht um Straßen, Plätze, Querungen... Alles was den öffentlichen Raum betrifft. Das Tiefbauamt hat die Standards erneuert und angepasst. Zu einem Vortermine treffen sich Frau Klein und Vertreter des Beirats.</li> <li>• Der Behindertenbeirat wurde bei dem Planen des Baugebietes Castel Feuvrier nicht einbezogen. Das Gebiet wird von Architekt Müller geplant. Bei Nachfragen wurde uns versichert, dass sich bei der Planung an die vorgegebenen Vorschriften gehalten wird. Oft geht es aber um praktische Umsetzungen, bei denen der Beirat hilfreich sein kann. Bei den Außenanlagen soll der Beirat jetzt frühzeitig mit eingebunden werden. Auch muss abgeklärt werden, wer für den Bau des Hotels in Castel Feuvrier bezgl. dessen Barrierefreiheit verantwortlich ist.</li> </ul>		